



Protestaktion der Menschenrechtsgruppe augenauf

Geburtstagstorte mit Dornen

Solidarität statt Rassismus – 10 Jahre Zwangsmassnahmen sind genug

Am **31. Januar 2005 um 17.00 Uhr** findet auf dem Kornhausplatz in Bern eine **Protestaktion** der Menschenrechtsgruppe *augenauf* statt.

Eine Riesen-Torte mit zehn Kerzen und Stacheldraht soll daran erinnern, dass in der Schweiz seit zehn Jahren Zwangsmassnahmen gegen AusländerInnen eingesetzt werden. Die Massnahmen sind brutal, unverhältnismässig und schränken die Grundrechte von Menschen ein, die keine Straftat begangen haben. In der Schweiz herrscht Rassismus statt Solidarität. Dagegen protestiert die Menschenrechtsgruppe *augenauf*.

Worum geht es?

Am 1. Februar 1995 werden die sogenannten Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht eingeführt. Sie sind ursprünglich gegen die Drogenszene auf dem Zürcher Lettenareal gerichtet. Unabhängig davon werden sie im Lauf der Jahre ständig ausgebaut und verschärft und als Instrument einer unsolidarischen Asylpolitik eingesetzt. Wir blicken zurück auf ein Jahrzehnt der Sondergesetze und Hetze gegen MigrantInnen, ein Jahrzehnt systematischen Abbaus und systematischer Aushöhlung grundlegender Menschenrechte und des Rechts auf Asyl. Die Zwangsmassnahmen ermöglichen unter anderem, dass jemand bis zu neun Monaten in Ausschaffungshaft gesetzt werden kann, ohne eine Straftat begangen zu haben. Sie erlauben auch die Eingrenzung in resp. Ausgrenzung aus einem definierten Gebiet (das sogenannte Rayonverbot) auf blossen Verdacht hin.

Seit der Einführung sind zahlreiche weitere Verschärfungen und Einschränkungen im Asyl- und Ausländerrecht dazu gekommen, um die Schweiz für Flüchtlinge möglichst unattraktiv zu machen. Zwölfmonatige Ausschaffungshaft, Sozialhilfestopp, Verweigerung der medizinischen Grundversorgung, Luftschutzbunker als Unterkünfte und Arbeitsverbote sind nur einige davon. Sie haben für die Betroffenen katastrophale Wirkungen, sind oft lebensbedrohend und hatten auch schon tödliche Folgen.

Die Zahl von Asylgesuchen nimmt in der Schweiz ständig ab, doch die Massnahmen gegen Asylsuchende werden laufend verschärft. Neu soll es möglich sein, Asylsuchende für unbegrenzte Zeit in Ausschaffungshaft zu setzen. Ausschaffungshaft ist Administrativhaft. Können Menschen in der Schweiz ohne eine Straftat begangen zu haben, in Zukunft für unbegrenzte Zeit ins Gefängnis kommen?

Auch das Rayonverbot wird immer flächendeckender und grundsätzlicher angewandt. Es zwingt die Asylsuchenden in abgelegene Unterkünfte in Berggebieten und verbietet ihnen den Zugang zu Dörfern und Städten. Das ist Apartheidpolitik.

Die Schweiz wird vom UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) wegen ihrer Asylpolitik regelmässig gerügt. Auch der neueste Vorschlag des EJPD, eine unbegrenzte «Durchsetzungshaft» (sprich: Beugehaft) einzuführen, widerspricht internationalen Menschenrechtskonventionen. Es ist zynisch, Asylsuchende, die oft ihre ganze Existenz dafür einsetzen, ihr Land zu verlassen, dafür zu kriminalisieren, dass sie nicht freiwillig an ihrer Rückschaffung mitwirken. Es ist ein natürliches Menschenrecht, nicht an seinem eigenen Untergang mitarbeiten zu müssen. Nur wer als SchweizerIn die Not nicht kennt, kann Flucht als Verbrechen behandeln.

Wer ist augenauß?

Die Menschenrechtsgruppe *augenauß* besteht aus Regionalgruppen in Basel, Bern und Zürich. Sie ist autonom, nicht-staatlich, politisch unabhängig und setzt sich dafür ein, dass alle Menschen in der Schweiz die gleichen Rechte haben. Sie kämpft gegen die Kriminalisierung von Menschen aus rassistischen, politischen oder ökonomischen Gründen, gegen unverhältnismässige und menschenverachtende Zwangsmassnahmen, gegen die Unterminierung des Rechtsstaates und gegen eine unsolidarische Politik.

Wie weiter?

Am 5. Februar 2005 findet in Zürich eine nationale Demonstration gegen die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht statt. Die Demonstration wird organisiert von antirassistischen, migrantischen und politischen Organisationen. Sie will ein lautstarkes und klares Zeichen gegen die menschenverachtende Politik und den rassistischen Konsens in der Schweiz setzen. *Augenauß* unterstützt die Demonstration.

Nationale Demonstration «Solidarität statt Rassismus – 10 Jahre Zwangsmassnahmen sind genug!»

5. 2. 2005, 13.30 Uhr, Hechtplatz Zürich